

Unsere Anträge für die Landtagssitzung August 2020

www.linksfraktionmv.de



Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern [Drucksache 7/5270](#)

Der bundesweite Mindestlohn ist und bleibt ein Armutslohn. Doch auch im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern erledigen Beschäftigte Arbeiten für einen Mindeststundenlohn von 10,07 Euro. In dem Wissen, dass nur Löhne von über 12,63 Euro Altersarmut verhindern, ist es an der Zeit diese Schieflage zu beseitigen. Ein Mindestlohn von 13 Euro, der jedes Jahr nach den tariflichen Entwicklungen angepasst wird, verhindert Altersarmut. Darüber hinaus sollen endlich die Unternehmen bevorzugt werden, die soziale Verantwortung übernehmen und umweltfreundliche und energieeffizienten Produkte, Materialien und Verfahren anbieten.

Aussprache: Eigenanteile in Pflegeheimen

In den vergangenen Jahren sind die Eigenanteile, die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen drastisch und immer weiter angestiegen. Nach Aussage der Landesregierung liegen sie für das Jahr 2020 im Durchschnitt für M-V bei knapp 1.400 Euro pro Person und Monat. Uns sind jedoch von verschiedenen Seiten weitaus höhere Eigenanteile bekannt. Diese liegen nicht selten bei 1.700 oder gar fast 2.000 Euro je nach Kommune und Einrichtung. Es ist unschwer zu erkennen, dass die meisten Renten in Mecklenburg-Vorpommern bei Weitem nicht ausreichen, um diese horrenden Summen zu stemmen. Oft werden dann auch die Renten und finanziellen Mittel der Ehepartner*innen geschöpft. Nicht wenige Pflegebedürftige sind auf Sozialleistungen und Hilfe zur Pflege angewiesen. Für uns ist das nicht hinnehmbar. Wir finden es unerträglich, dass auf dem Rücken der Pflegebedürftigen öffentliche Mittel zurückgehalten und sogar Profite gemacht werden.

Schulgeld für nichtakademische Gesundheitsberufe abschaffen

[Drucksache 7/2898](#)

Arbeit mit Menschen in einem Gesundheitsberuf? Für manche junge Leute der Traumberuf - nur nicht in M-V. Während in den Ländern um uns herum das Schulgeld abgeschafft wurde, halten SPD und CDU daran fest. Heißt: keine Ausbildungsvergütung und Schulgeld obendrauf – leider weder christlich noch sozial!

Ja zu Nord Stream 2 - Sanktionsandrohungen auf das Schärfste

[zurückweisen Drucksache 7/5275](#)

Die jüngsten Sanktionsandrohungen von US-Senatoren gegenüber Beschäftigten und Anteilseignern des Fährhafens Sassnitz-Mukran im Zusammenhang mit dem Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream 2 müssen auch vom Landtag entschieden zurückgewiesen werden. Der gezielte Eingriff in die Souveränität des Landes darf auch von der Bundesregierung nicht einfach hingenommen werden. Es ist an der Zeit die US-Regierung in die Schranken zu weisen und mögliche Gegensanktionen nicht weiter auszuschließen.

Kinderschutz in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern

[Drucksache 7/5271](#)

Die Corona-Krise hat das Leben der Familien sehr belastet. Geschlossene Kitas und Schulen sowie Einschränkungen im täglichen Leben haben nicht selten zu Konflikten und sogar Kindeswohlgefährdungen geführt. Die anschließende Debatte zum Kinderschutz wurde überwiegend vor dem ausschließlichen Hintergrund von Strafverschärfungen geführt. Das halten wir für falsch. Strafen greifen erst nach der Tat und helfen deshalb nicht vorbeugend. Sie tragen nicht präventiv zum Schutz bei. Es ist zunächst erforderlich, dass Landesprogramm Kinderschutz fortzuschreiben. Darüber hinaus müssten aber auch andere Maßnahmen ergriffen werden, wie die Einführung eines Kinderbeauftragten, der sicheren Gewährleistung von psychosozialer Prozessbegleitung oder der Erarbeitung einer Empfehlung zur Personalbemessung für die Jugendämter gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Zukunft der Kutter- und Küstenfischerei sichern [Drucksache 7/5272](#)

Mit der Kutter- und Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern ist ein jahrhundertealtes, traditionelles, identitätsstiftendes Handwerk existenzbedroht. Von einst 1380 Fischereibetrieben (1989) existieren nur noch 220 Unternehmen. Inzwischen hat sich der Landesfischereiverband mit seinen zuletzt 120 Unternehmen aufgelöst. Mit der den Betrieben zustehenden Fangquote von Dorsch und Hering kann die Wirtschaftlichkeit der Fischereigenossenschaften, Fischereiunternehmen und Fischereibetriebe im Nebenerwerb nicht mehr gesichert werden. Zusätzlich wurden die Fischer durch die Abnahmekrise für ihren Fang durch die monatelangen Corona-Beschränkungen des Hotel- und Gaststättengewerbes belastet. Trotz vielfältiger Maßnahmen und Fördermöglichkeiten des Landes und innerhalb des Europäischen Meeres- und Fischereifonds gehen die Betriebsaufgaben weiter. Nachwuchs für die aktiven Fischer ist kaum noch zu finden.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Betroffenen bis zum Ende des Jahres 2020 ein Konzept zu entwickeln, das den Erhalt der handwerklichen Kutter- und Küstenfischerei sichert.

Rettungspaket für Kinder- und Jugendübernachtungsstätten schnüren [Drucksache 7/5274](#)

Kinder- und Jugendübernachtungsstätten leisten einen unschätzbaren wertvollen Beitrag in der Kinder- und Jugendarbeit, sind Orte für Jugend- und informelle Bildung, für Ferienfreizeiten sowie für internationale Begegnungen. Die Corona-Krise hat die Einrichtungen aufgrund der Absagen von Klassenfahrten und Gruppenreisen besonders hart getroffen, da diese in diesem Jahr kaum nachgeholt werden. Zudem verfügen die oft gemeinnützig organisierten Kinder- und Jugendübernachtungsstätten über so gut wie keine Rücklagen. Die Einnahmen in den Sommermonaten dienen den Einrichtungen jeher als Polster für den Winter. Dieses Polster ist in diesem Jahr nicht vorhanden. Es droht eine Schließungswelle.

Potenziale nutzen - Pflicht zum Bau von Solaranlagen einführen

[Drucksache 7/5273](#)

Mecklenburg-Vorpommern nutzt die Potentiale, die die Sonnenenergie bietet nur zu einem marginalen Teil. Mit der Pflicht zum Bau von Photovoltaikanlagen auf Nichtwohngebäuden und Parkplatzflächen soll der Photovoltaikausbau im Gebäudesektor gezielt gestärkt, eine effiziente Nutzung offener Stellplatzflächen befördert und ein Anreiz zur weitergehenden Sektorenkopplung gegeben werden.

Progressionsvorbehalt bei Kurzarbeitergeld abschaffen [Drucksache 7/5276](#)

Aufgrund der Corona-Pandemie beziehen derzeit etwa 10 Millionen Menschen in Deutschland Kurzarbeitergeld (Kug). In Mecklenburg-Vorpommern sind etwa 180.000 Beschäftigte betroffen. Sie sind auch hierzulande in der Pflicht, für das Jahr, in dem sie Kurzarbeitergeld beziehen, eine Steuererklärung zu machen. Dabei unterliegt das Kug dem sogenannten Progressionsvorbehalt. Dieser kann dazu führen, dass das restliche Einkommen höher besteuert wird als normal, denn das Kug ist zwar an sich steuerfrei, wird aber bei der Berechnung des Steuersatzes berücksichtigt. Es besteht die Gefahr, dass Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern am Ende des Jahres eine teils erhebliche Steuernachzahlung droht.

Eine derartige Ungerechtigkeit muss verhindert werden. Die Beschäftigten haben bereits durch die Kurzarbeit Einkommenseinbußen. Sie dürfen durch Steuernachzahlungen nicht noch einmal zur Finanzierung der Krise herangezogen werden.

Deutsche Ratspräsidentschaft für Mecklenburg-Vorpommern nutzen

[Drucksache 7/5277](#)

Die EU steht vor großen Herausforderungen. Der Austritt Großbritanniens, die Flüchtlingskrise und zuletzt die Corona-Pandemie haben zahlreiche Debatten zum EU-Haushalt und der politischen Ausrichtung der EU entfacht. Die Vorschläge der Kommission und zuletzt der Staats- und Regierungschefs zum Mehrjährigen Finanzrahmen bleiben weit hinter Forderungen des Europäischen Parlamentes zurück. Am 1. Juli 2020 übernahm Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Wir erwarten von Landesregierung, dass sie sich gegenüber der deutschen Ratspräsidentschaft für einen größeren Mehrjährigen Finanzrahmen und eine friedliche, soziale und solidarische Ausrichtung der EU einsetzt.